

Microsoft Blog Statements

# Mehr Transparenz über Anfragen der US-Regierung bezüglich Kundendaten

Veröffentlicht von Brad Smith,  
General Counsel & Executive Vice President, Legal & Corporate Affairs, Microsoft  
03. Feb. 2014, 10:00 Uhr

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung des von Microsoft im Blog Technet am 03.02.2014 veröffentlichten Artikels **Providing additional transparency on US-Government requests for customer data**

# Mehr Transparenz über Anfragen der US-Regierung bezüglich Kundendaten

Veröffentlicht von Brad Smith,  
General Counsel & Executive Vice President, Legal & Corporate Affairs, Microsoft  
03. Feb. 2014, 10:00 Uhr

**Wir aktualisieren heute unseren Transparenzbericht, um neue Informationen über Auskunftsverlangen der US-Regierung zu Kundendaten mitzuteilen. Seit dem letzten Sommer haben Microsoft, Google und andere Unternehmen, Klagen gegen die US-Regierung erhoben, in denen geltend gemacht wird, dass wir das gesetzliche und konstitutionelle Recht haben, detailliertere Angaben zu derartigen Auskunftsverlangen offenzulegen. Wir vertreten darin den Standpunkt, dass es uns möglich sein muss, Informationen über rechtliche Anordnungen offenzulegen, die gemäß nationalen US-Sicherheitsgesetzen – wie beispielsweise dem FISA Act (Foreign Intelligence Surveillance Act) – ergangen sind, obwohl uns dies zuvor untersagt worden ist.**

Infolge dieses Rechtsstreits und nach langwierigen Diskussionen stimmte die US-Regierung kürzlich erstmalig zu, dass Technologieunternehmen Daten über FISA-Anordnungen veröffentlichen dürfen. Zwar sind die Informationen, die wir veröffentlichen können, immer noch eingeschränkt (hierzu nachstehend weitere Einzelheiten), aber immerhin können wir nun ein umfassendes Bild darüber präsentieren, welcher Art die Anfragen sind, die wir von der US-Regierung durch die nationalen Sicherheitsbehörden erhalten.

Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, dass die Daten über diese Anfragen in 1.000-er Spannen veröffentlicht werden dürfen, wobei die erste Spanne von 0 bis 999 reicht. Insgesamt erstrecken sich die FISA-Daten jeweils über einen Zeitraum von sechs Monaten, dürfen aber erst sechs Monate nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht werden. Bei unserem jüngsten Bericht handelt es sich um den Zeitraum von Januar bis Juni 2013 für sämtliche Dienste von Microsoft. Wesentliche Daten dieses Zeitraums:

- Wir erhielten weniger als 1.000 FISA-Anordnungen, in denen die Herausgabe von Inhaltsdaten verlangt wurde. Diese Anordnungen bezogen sich auf zwischen 15.000 und 15.999 Konten bzw. individuelle Kennungen. Wichtig ist hierbei der Hinweis, dass dies nicht zwangsläufig bedeutet, dass mehr als 15.000 Personen von diesen Datenanfragen betroffen waren. Eine Einzelperson kann nämlich mehrere Konten haben, die für diese Berichterstattungszwecke jeweils einzeln gezählt werden.
- Wir erhielten auch weniger als 1.000 FISA-Anordnungen zur Herausgabe von nicht-inhaltsbezogenen Daten, die weniger als 1.000 Konten bzw. Kennungen betrafen.
- Schließlich erhielten wir weniger als 1.000 National Security Letters, die weniger als 1.000 Konten bzw. Kennungen betrafen.
- Die nachstehende Tabelle zeigt die entsprechenden Informationen für den zurückliegenden Zeitraum bis Juli 2011, sodass Sie die letzten vier Zeiträume im Gesamtkontext sehen können. (Wichtig ist hierbei der Hinweis, dass mit NSLs nicht die Herausgabe von Inhaltsdaten gefordert wird. .

Daher steht bei der Angabe zur Anzahl der Konten, die von Auskunftersuchen zu Inhalten betroffen waren, bei den NSLs der Eintrag „n. z.“ (nicht zutreffend)

Wir verstehen, dass Interesse nicht nur an den reinen Zahlenangaben besteht, sondern auch an deren Bedeutung. Dazu möchte ich zwei Überlegungen mitteilen. Erstens: Während wir mehrere hundert Millionen Kunden haben, sind von den Anordnungen nur mehrere Zehntausend Konten betroffen. Das bedeutet, dass offensichtlich nur ein Bruchteil eines Prozents unserer Nutzer von diesen Anordnungen betroffen sind. Kurz gesagt bedeutet dies, dass wir nicht die Art von Massendatenanfragen erhalten haben, wie sie derzeit in Bezug auf Telefonmitschnitte in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Hierauf haben wir seit dem letzten Sommer bei öffentlichen Stellungnahmen immer wieder hingewiesen, ohne dabei ins Detail zu gehen. Es ist gut, dass wir endlich konkrete Zahlen hierüber mitteilen können.

Zweitens: Nichts, was im heutigen Bericht steht, mindert die Bedeutung der Anstrengungen der Regierung, Kundendaten außerhalb des Rechtswegs zu erlangen. Seit die Washington

	Berichtszeitraum	Anordnungen zur Herausgabe von Inhalten	Anzahl der Konten, die von Anordnungen zur Herausgabe von Inhalten betroffen waren	Anordnungen zur Herausgabe von nicht-inhaltsbezogenen Daten	Von nicht-inhaltsbezogenen Anordnungen betroffene Konten
<b>Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) Anordnungen</b>	Juli – Dez. 2011	0-999	11.000-11.999	0-999	0-999
	Jan – Juni 2012	0-999	11.000-11.999	0-999	0-999
	Juli – Dez 2012	0-999	16.000-16.999	0-999	0-999
	Jan – Juni 2013	0-999	15.000-15.999	0-999	0-999
<b>National Security Letters (NSLs)</b>	Juli – Dez. 2011	n. z.	n. z.	0-999	1.000-1.999
	Jan – Juni 2012	n. z.	n. z.	0-999	1.000-1.999
	Juli – Dez. 2012	n. z.	n. z.	0-999	0-999
	Jan – Juni 2013	n. z.	n. z.	0-999	0-999
	Juli – Dez. 2013	n. z.	n. z.	0-999	0-999

Post im Oktober über das mutmaßliche Anzapfen von Verbindungskabeln zwischen Datenzentren einiger unserer Mitbewerber berichtet hat, ist und bleibt dies die größte Besorgnis des IT-Sektors. Im Dezember kündigten wir eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz von Kundendaten an, darunter eine deutlich umfangreichere Verschlüsselung bei allen unseren Diensten. Aber trotz der Reformbemühungen des Präsidenten und unserer Möglichkeit, nun mehr Informationen zu veröffentlichen, hat sich bislang weder die US-Regierung noch eine andere Regierung öffentlich dazu verpflichtet, auf das versuchte Anzapfen von Internetfirmen zu verzichten. Nach unserer Überzeugung schreibt die Verfassung vor, dass unsere Regierung Daten bei US-amerikanischen Unternehmen nur innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens anfordern darf. Daher werden wir in Zusammenarbeit mit anderen Vertretern unserer Branche in diesem Punkt auf mehr drängen.

#### Zusätzliche Erläuterungen zu den Daten:

Es ist uns gestattet, folgende Daten zu veröffentlichen: die Anzahl der bei uns eingegangenen FISA-Anordnungen, die Anzahl der Konten und sonstigen Kennungen, über die die Regierung Informationen verlangt hat, und ob sich diese Ersuchen auf Inhaltsdaten oder nur auf nicht-inhaltsbezogene Daten beziehen.

Die in unserem Datenbericht verwendeten Begriffe sind wie folgt definiert:

- FISA-Anordnungen zur Herausgabe von Inhaltsdaten (FISA Orders Seeking Disclosure of Content): Diese Kategorie umfasst alle FISA-Anordnungen zur elektronischen Überwachung (50 U.S.C. § 1805), FISA-Durchsuchungsbeschlüsse (50 U.S.C. § 1824) sowie Direktiven nach dem FISA Amendments Act (50 U.S.C. § 1881), die im Berichtszeitraum eingegangen sind oder anhängig waren.
- FISA-Anordnungen zur Herausgabe von nicht-inhaltsbezogenen-Daten (FISA Orders Requesting Disclosure of Non-Content): Diese Kategorie umfasst alle FISA-Anordnungen zum Zugriff auf Geschäftsunterlagen (50 U.S.C. § 1861), in den USA allgemein als „215 Anordnungen“ („215 orders“) bezeichnet, sowie FISA-Anordnungen zur Telefonüberwachung mittels Geräten zur Erfassung ausgehender Rufnummern („pen register“) und eingehender Rufnummern („trap and trace“) (50 U.S.C. § 1842), die im Berichts-

zeitraum eingegangen sind oder anhängig waren.

- Betroffene Konten (Accounts Impacted): die Anzahl von Nutzerkonten, die von im Berichtszeitraum eingegangenen oder anhängigen FISA-Anordnungen betroffen waren. Da Einzelpersonen mehrere Konten bei verschiedenen Microsoft-Diensten haben können und alle diese Konten bei der Ermittlung der Anzahl der betroffenen Konten einzeln gezählt werden, dürfte die ausgewiesene Kontenanzahl höher sein als die Zahl der tatsächlich von den staatlichen Anordnungen betroffenen Personen.

**Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass der Eingang einer Anordnung nicht zwangsläufig die Herausgabe der angefragten Daten zur Folge hat.** Microsoft hat solche Auskunftsverlangen bereits erfolgreich gerichtlich angefochten und wird auch zukünftig Anordnungen anfechten, denen unserer Überzeugung nach die Rechtsgrundlage fehlt.

Die heute veröffentlichten Daten werden wir in unseren nächsten Bericht über Auskunftsbegehren der Behörden (Law Enforcement Requests Report) aufnehmen und so umfassend alle rechtliche Auskunftsersuchen darlegen, die wir von der US-Regierung erhalten haben. Dieser Bericht wird halbjährlich veröffentlicht.

Originaltext

# Providing additional transparency on US-Government requests for customer data

Posted by Brad Smith,  
General Counsel & Executive Vice President, Legal & Corporate Affairs, Microsoft,  
3 Feb 2014, 10.00 AM

**Today we are updating our transparency reporting to provide new information relating to governmental demands for customer data. Beginning last summer, Microsoft, Google, and other companies filed lawsuits against the U.S. government arguing that we have a legal and constitutional right to disclose more detailed information about these demands. We contended that we should be able to disclose information about legal orders issued pursuant to U.S. national security laws such as the Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), which we had previously been barred from disclosing**

As a result of that litigation and after lengthy discussions, the Government recently agreed for the first time to permit technology companies to publish data about FISA orders. While there remain some constraints on what we can publish (more details on that below), we are now able to present a comprehensive picture of the types of requests that we receive from the U.S. Government pursuant to national security authorities. The Government has agreed that data about these re

quests can be reported in bands of a thousand, starting with the band from 0-999. The aggregate FISA data covers six month periods, but can only be published six months after the end of a reporting period.

Our most recent report covers the period from January – June

2013, addressing all of Microsoft's services. Specifically, during this time period:

- We received fewer than 1,000 FISA orders seeking the disclosure of customer content. These orders related to between 15,000 and 15,999 accounts or individual identifiers. It's important to note that this does not necessarily mean that more than 15,000 people were covered by these data requests. This is because one individual may have multiple accounts, each of which would be counted separately for the purposes of reporting this data.
- We also received fewer than 1,000 FISA orders for non-content data only, seeking information that related to fewer than 1,000 accounts or identifiers.

- Finally, we received fewer than 1,000 National Security Letters covering fewer than 1,000 accounts or identifiers.

The table below provides the same information going back to July of 2011, so you can see the last four time periods in context. (It's worth noting that National Security Letters by definition do not seek disclosure of customer content, hence the reference below to N/A regarding the number of accounts impacted by requests for content for these letters.)

We appreciate that there is interest not only in what these numbers show, but in what they mean. I'd offer two thoughts. First, while our customers number hundreds of millions, the accounts affected by these orders barely reach into the tens of thousands. This obviously means that only a fraction of a percent of our users are affected by these orders. In short, this means that we have not received the type of bulk data requests that are commonly discussed publicly regarding telephone records. This is a point we've publicly been making in a generalized way since last summer, and it's good finally to have the ability to share concrete data.

	Reporting Period	Orders Seeking Disclosure of Content	Accounts Impacted by Orders Seeking Content	Orders Seeking Disclosure of Only Non-Content	Accounts Impacted by Non-Content Requests
<b>Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA) Orders</b>	July – Dec 2011	0-999	11,000-11,999	0-999	0-999
	Jan – June 2012	0-999	11,000-11,999	0-999	0-999
	July – Dec 2012	0-999	16,000-16,999	0-999	0-999
	Jan – June 2013	0-999	15,000-15,999	0-999	0-999
<b>National Security Letters (NSLs)</b>	July – Dec 2011	N/A.	N/A.	0-999	1,000-1,999
	Jan – June 2012	N/A	N/A.	0-999	1,000-1,999
	July – Dec 2012	N/A	N/A	0-999	0-999
	Jan-June 2013	N/A.	N/A	0-999	0-999
	July – Dec 2013	N/A	N/A	0-999	0-999



Second, nothing in today's report minimizes the significance of efforts by governments to obtain customer information outside legal process. Since the Washington Post reported in October about the purported hacking of cables running between data centers of some of our competitors, this has been and remains a major concern across the tech sector. In December, we announced a number of measures to protect customer data, including a significant expansion of encryption across our services. However, despite the President's reform efforts and our ability to publish more information, there has not yet been any public commitment by either the U.S. or other governments to renounce the attempted hacking of Internet companies. We believe the Constitution requires that our government seek information from American companies within the rule of law. We'll therefore continue to press for more on this point, in collaboration with others across our industry.

#### Additional Notes on the Data:

We are permitted to publish data about the number of FISA orders we have received, the number of accounts or other identifiers the government sought information about, and whether those orders sought customer content or only non-content information.

We've reported data using the following definitions:

- **FISA Orders Seeking Disclosure of Content:** This category would include any FISA electronic surveillance orders (50 U.S.C. § 1805), FISA search warrants (50 U.S.C. § 1824), and FISA Amendments Act directives (50 U.S.C. §1881) that were received or active during the reporting period.
- **FISA Orders Requesting Disclosure of Non-Content:** This category would include any FISA business records (50 U.S.C. § 1861), commonly referred to as 215 orders, and FISA pen register and trap and trace orders (50 U.S.C. § 1842) that were received or active during the reporting period.
- **Accounts Impacted:** The number of user accounts impacted by FISA orders that were received or active during the period of time. Since individuals may have multiple accounts across different Microsoft services - all of which are counted separately to determine the number of accounts impacted - this number will likely overstate the number of individuals

subject to government orders.

**It is important to remember that receipt of an order does not mean the information that was sought was ultimately disclosed.** Microsoft has successfully challenged requests in court, and we will continue to contest orders that we believe lack legal validity.

Going forward, we'll include the data published today in our upcoming Law Enforcement Requests Report, so we can provide a comprehensive view of all the legal demands we receive from the U.S. government. We publish these reports every six months.

#### Original post:

<http://blogs.microsoft.com/on-the-issues/2014/02/03/providing-additional-transparency-on-us-government-requests-for-customer-data/>